

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Wenig brauchbare Grundlage zur Lösung der anstehenden Probleme

Kritik an der Regierung nach der Vorlage von drei Berichten über die Bodenpolitik, die Wohnbauförderung und den Wohnungsmarkt

(G.M.) – Stichworte wie Verknappung und Verteuerung des Bodens, wie angespannter Wohnungsmarkt oder Schwierigkeiten mit der Finanzierung von Eigenheimen oder Wohnungsmieten aufgrund der Erhöhung der Hypothekenzinsen lösen derzeit in unserem Land leidenschaftliche Diskussionen aus. Im Landtag wurden drei Berichte der Regierung zu dieser Thematik bereits zur Kenntnis genommen und abgeschrieben, obwohl darüber wegen des offenbar dürftigen Informationsgehaltes wenig Begeisterung herrschte. Weitere parlamentarische Vorstösse, die sich mit der Entwicklung der Hypothekenzinsen und mit der Verhinderung von Missbräuchen im Mietwesen befassen, liegen noch bei der Regierung.

Wie in so manchen anderen Bereichen gibt es in unserem Land wenig gesicherte Daten über den Wohnungsmarkt, den Leerwohnungsbestand, die Situation bei den Wohnungsmieten. Um Grundlagen für allfällige Änderungen mit Zielrichtung auf eine zukunftsgerichtete Politik zu erhalten, reichten Abgeordnete der FBP-Fraktion schon im März drei Interpellationen zum Wohnungsmarkt, zur Wohnbauförderung und bezüglich der Bodenpreisentwicklung ein. Alle drei Interpellationen sind inzwischen von der Regierung beantwortet worden, doch wurde im Landtag der Informationsgehalt der Regierungsberichte kritisiert, weil sich daraus die notwendigen Daten zur Entscheidungsfindung für eine zukunftsgerichtete Politik in diesen Fragen nicht herauskristalisieren liessen.

### Keine zufriedenstellende Antwort

Ausgehend von der Notwendigkeit, zuerst Daten und Fakten zu sammeln, bevor entsprechende Schritte in gesetzgeberischer Hinsicht gemacht würden, kritisierte der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch bei der Kenntnisnahme des Regierungsberichtes über die Bodenpolitik, dass die Regierung keine der geforderten Unterlagen bereitgestellt und die gestellten Fragen nicht zufriedenstellend beantwortet habe. Er machte diese Bemerkung vor dem Hintergrund von Vorwürfen im «Liechtensteiner Vaterland», die FBP-Fraktion habe sich ihre Arbeit mit ein paar Fragestellungen leichtgemacht. Nun aber liege ein Regierungsbericht vor, betonte der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch, der nur «landläufige Behauptungen» über den Leerwohnungsbestand und Mietzins erhöhungen wiederhole, ohne diese Behauptungen durch Zahlen oder irgendwelche andere Erhebungen zu belegen. Die Regierung verweise ferner auf ein «Konzept zur Förderung von preiswertem Wohnraum», ohne dieses Konzept dem Landtag in diesem Bericht vorzustellen. Ausserdem, so bemängelte Dr. Ernst Walch, spreche die Regierung in ihrem Bericht oft von «Zielsetzungen», ohne diese zu konkretisieren: «Überall ist etwas in Bearbeitung, aber in welchem konkreten Rahmen und insbesondere in welchem Zeitmass steht nirgends». Gesamthaft stelle der Bericht, so die Kritik des FBP-Abgeordneten, «keine brauchbare Grundlage zur Lösung der anstehenden Probleme» dar. In ähnlichem Sinne äusserte sich der FBP-Abgeordnete Carl Kaiser auch in bezug auf die Interpella-

tionsbeantwortung der Regierung zur Situation auf dem Wohnungsmarkt, der schon im Sommer einem Bericht der Regierung über die Wohnbauförderung fehlende Erklärungen über konkrete Schritte zur Verbesserung vorgeworfen hatte.

### Missbräuche im Mietwesen

Zwei parlamentarische Vorstösse liegen derzeit noch zur Beantwortung bei der Regierung. Einmal handelt es sich um eine Motion der VU-Fraktion zur Änderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches zur Verschärfung der Vorschriften gegen Missbräuche im Mietwesen, zum anderen um eine FBP-Interpellation zur Hypothekenzinsentwicklung und allfällige staatliche Massnahmen zur Änderung der für viele Hausbesitzer und Wohnungsmieter prekär gewordenen Situation. Viele Mieter müssten, hatte der VU-Abgeordnete Oswald Kranz den Vorstoss begründet, «unverhältnismässig hohe Mietkosten» bezahlen, so dass man davon ausgehen könne, dass sich auf dem Wohnungsmarkt «dramatische Entwicklungen» anbahnten. Die geltenden ge-

setzlichen Regelungen in bezug auf den Mieterschutz sind nach Auffassung der VU-Fraktion «völlig unzureichend», da der Vermieter «in praktisch allen Fällen am längeren Hebel» sitze. Wirksamer Mieterschutzbestimmungen sind nach dieser Darstellung auch deshalb notwendig, «weil die Zahl der Mieter im Vergleich zu den Besitzern von Eigenheimen und Eigentumswohnungen stetig wächst.»

Einen sehr aktuellen Bezug weist auch die FBP-Interpellation zur Hypothekenzinsentwicklung auf. Im Gegensatz zur VU-Motion, die sogleich eine Änderung der Gesetzeslage fordert, ersucht die FBP-Interpellation die Regierung um Abklärung von drei Fragen: Einmal handelt es sich um die Frage nach der Strategie der Regierung, zum anderen um die Möglichkeiten der Einflussnahme des Staates auf die Zinsentwicklung und schliesslich um Massnahmen, um Härtefälle, die aus der Zinserhöhung resultieren, zu mildern.

Nachdem die bisherigen Berichte der

Regierung im aktuellen Bereich der Bodenpolitik und der Wohnungsfrage, wenn die Äusserungen im Landtag in Betracht gezogen werden, recht dürftig ausgefallen sind, verbinden sich mit den beiden noch ausstehenden Vorstössen die Hoffnungen, dass nun die entsprechenden gründlichen Erhebungen durch die Regierung gemacht werden. Ohne grundlegende Daten über die wirkliche Situation können kaum zielgerichtete Massnahmen getroffen werden. Es dürfte sogar schwierig sein, gezielte Massnahmen vorzuschlagen auf parlamentarischer Ebene, was das Ziel der FBP-Interpellationen war. Die VU-Fraktion wählte einen anderen Weg, indem sie der Regierung den bindenden Auftrag erteilte, eine Verbesserung des Mieterschutzes in die Wege zu leiten. Allerdings hat die VU-Fraktion auch keine Probleme mit Motionen, denn sie verfügt über die Mehrheit – und kann damit ihre Motionen an die Regierung überweisen, während sie mit ihrer Stimmenmehrheit politisch nicht genehme Vorstösse der FBP-Fraktion (wie bei «Radio Liechtenstein») verhindert.

## Der Winter hat mit Schnee bei uns Einzug gehalten

Gestern fiel Schnee bis tief in die Niederungen – Probleme für Verkehr in der Höhe



Ein erster Wintergruss mit Schnee bis in die Niederungen: Gestern fiel nicht nur in den Bergen, sondern teilweise auch im Tal Schnee. Unser Bild zeigt die winterlichen Verhältnisse in unserem Alpengebiet. Die schneebedeckten Strassen verlangten von den Automobilisten besondere Vorsicht. Meteorologen in der Schweiz erklärten, dass nach einem zu warmen Oktober die Temperaturen gegenwärtig dem langjährigen Mittel entsprechen würden. Ob der Winter dieses Jahr besonders schneereich werden könnte, wollten sie noch nicht verraten.

## Europarats-Sitzung in Rom eröffnet

Rom (spk/dpa) Am Montag hat in Rom die Europaratsitzung unter Beteiligung der Aussen- und Justizminister begonnen. Im Zentrum des zweitägigen Ministertreffens stand am Montag abend eine feierliche Zeremonie anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention.

Heute Dienstag wird Ungarn als 24. Mitgliedsstaat in den Europarat aufgenommen und als erstes Land unter den ehemaligen Ostblockstaaten die Konvention über Menschenrechte unterzeichnen.

Eröffnet wurde die Sitzung am Morgen vom Ratsvorsitzenden, Italiens Aussenminister Gianni De Michelis, und der Generalsekretärin Catherine Lalumière. Die Diskussion dreht sich hauptsächlich um die Rolle der Menschenrechtskonvention im neuen Europa.

## Österreich: Fischer Parlamentspräsident

Wien (AP) Vier Wochen nach der Parlamentswahl in Österreich hat der Nationalrat auf seiner konstituierenden Sitzung am Montag sein Präsidium gewählt. Erster Nationalratspräsident wurde der bisherige Fraktionsführer der Sozialisten (SPÖ), Heinz Fischer. Zum Zweiten Nationalratspräsidenten wurde der bisherige Verteidigungsminister Robert Lichal von der Volkspartei (ÖVP) gewählt.

Aus der Wahl am 7. Oktober war die SPÖ als stärkste Partei hervorgegangen. Die konservative ÖVP hatte starke Stimmenverluste hinnehmen müssen. Stimmengewinne verbuchen konnte auch die nationalliberale FPÖ; auch die Grünen legten leicht zu. Gegenwärtig sind Koalitionsverhandlungen zur Fortsetzung des Regierungsbündnisses zwischen SPÖ und ÖVP im Gange.

## EG-Minister feilschen erneut

Brüssel (AP) Die Agrar- und Aussenhandelsminister der EG haben am Montag einen letzten Versuch unternommen, im Hinblick auf die GATT-Verhandlungen eine gemeinsame Haltung zur Kürzung der Agrarsubventionen zu finden. Die Europäische Gemeinschaft ist die einzige Gruppe der mehr als 100 dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) angehörenden Länder, die bislang noch keinen Verhandlungsvorschlag für die am 3. Dezember in Brüssel beginnenden Beratungen vorgelegt hat.

Die EG-Kommission hatte Anfang Oktober als Gemeinschaftsposition vorgeschlagen, die Subventionen für die Bauern EG-weit bis 1996 um 30 Prozent heruntersetzen. Die Brüsseler Behörde stiess damit aber auf den heftigen Widerstand der meisten Mitgliedsstaaten.



## EDV-Büro und Kommunikation

Der heutigen Ausgabe des VOLKSBLATT ist wiederum die erfolgreiche Beilage «EDV-Büro-Kommunikation», die bereits in anderen Zeitungen Nachahmung gefunden hat, beigelegt. Der Informationsteil befasst sich mit Neuigkeiten auf dem Sektor Büro und Kommunikation und gibt Hinweise auf verschiedene interessante Erfahrungen im Umgang mit Bürotechnik. Auf der anderen Seite machen unsere Inserenten mit ihren Anzeigen auf die vielfältigen Angebote aufmerksam. Wir empfehlen unseren Leserinnen und Lesern die Lektüre der Textbeiträge wie der Inserate.

## Kaum mehr verstrahltes Wild

Bern (AP) Viereinhalb Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ist die Strahlenbelastung in importiertem Wild so weit zurückgegangen, dass die Kontrollen gelockert werden können. Das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) hat die Grenztierärzte angewiesen, auf anfangs November nur noch stichprobeweise Analysen vorzunehmen, wie Jakob Schlupe, Sektionschef Grenztierärztlicher Dienst im BVET, auf Anfrage erklärte.

## Brandt nach Irak geflogen

Frankfurt (AP) Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt ist am Montag nachmittag zu seiner mit Spannung erwarteten Vermittlungsmission nach Irak geflogen. Der Altbundeskanzler bestieg auf dem Frankfurter Flughafen den Airbus «Nördlingen» der Lufthansa, an dessen Bord er die bislang an der Ausreise gehinderten Deutschen in die Heimat zurückzubringen hofft. Brandt wurde am Flughafen vom Lufthansa-Vorstandsvorsitzenden Heinz Ruhnau und dem Botschafter Iraks, Abdel Ghani, verabschiedet. Er wollte vor seinem Abflug um Punkt 16.12 Uhr keine politische Stellungnahme mehr abgeben.

Mehr über die Golfkrise auf der «Letzten Seite».

**BRILLEN**

**AUGEN OPTIK MARXER**

Vaduz  
Stadlermarkt  
Tel. 28202

**frick FENSTER**

FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS

Geh zum Fenster Frick er weiss Bescheid.

**ferdinand frick ag**

Fenster und Fassadenbau  
9494 Schaan  
Telefon 075 / 27474 Telefax 075 / 29984